

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 08. September 2023



Inhalt

Generaldebatte zum
Haushalt 2024

Kürzungen im Agrar-
und Forstbereich

Das Ende der
Borchert-Kommission

Rückschau auf die
Stammtisch-Tour im
Wahlkreis

Terminvorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause ist zu Ende - und die Ampel macht nahtlos so weiter wie vor der parlamentarischen Sommerpause. Der Haushaltsentwurf für 2024 ist nicht geeignet, Deutschland voranzubringen. Er belastet die Wirtschaft mit Bürokratie, anstatt Anreize für ausreichend Wachstum zu setzen. Das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr, das für große, mehrjährige Beschaffungsvorhaben vorgesehen war, wird für laufende Verteidigungsausgaben geplündert und somit zweckentfremdet. Laut dem Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung neben dem eigentlichen Haushalt 29 Schattenhaushalte aufgestellt. Inzwischen unterscheidet der Rechnungshof zwischen der Nettokreditaufnahme von 16,6 Milliarden Euro auf dem Papier und der "echten Nettokreditaufnahme" in Höhe von 85,7 Milliarden Euro.

Zusätzlich hat die Koalition zum Ende der Haushaltswoche das umstrittene Heizungsgesetz zur abschließenden Beratung auf die Tagesordnung gesetzt. Die Ampel hat das Gesetz mit ihrer Mehrheit gegen die überwältigenden Argumente der Fachwelt und der Bevölkerung verabschiedet. Da eine ordnungsgemäße Beratung des Gesetzes nicht stattgefunden hat, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Fachgespräch durchgeführt, bei dem die Sachverständigen verdeutlichten, dass das Gesetz ein sozial ungerechtes und nicht praxistaugliches Regelwerk ohne bezifferbaren klimapolitischen Mehrwert ist. Die daraus resultierende finanzielle Unsicherheit zerstört meines Erachtens nach das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verlässlichkeit und Planbarkeit der Auswirkungen weitreichender staatlicher Entscheidungen.

Mehr aus der aktuellen Sitzungswoche finden Sie Folgenden.

Alles Gute,

Ihr

Hermann Färber MdB



Bildquelle: Hermann Färber.

Generaldebatte zum Haushalt 2024: Im Kanzleramt nichts Neues

In der Generaldebatte des Deutschen Bundestages am 6. September 2023 hat Bundeskanzler Scholz einen "Deutschland-Pakt" als Bündnis zwischen Bund, Ländern, Kommunen und demokratischer Opposition vorgeschlagen. Interessanterweise spricht das Papier nicht von der Bundesregierung als Einheit - wir hören, dass sein Vorstoß, wie in der Ampel üblich, in der Koalition nicht abgestimmt wurde.

Keines der im "Pakt" genannten Vorhaben ist neu: Sämtliche Vorschläge sind bereits früher kommuniziert worden. Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt. Hinzukommt, dass die Regierung auch auf anderen Gebieten so weiter macht wie bisher und dabei neue bürokratische Regeln, etwa mit der Kindergrundsicherung und dem Gebäudeenergiegesetz, schafft.

Einzelne Punkte des "Deutschland-Pakts":

- Bund und Länder sollen einen "Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung" bilden. Der Kanzler will das allgemeine Verfahrensrecht beschleunigen und digitalisieren, Vereinfachungen beim Bau von Gebäuden erreichen, sowie Straßen- und Schienenprojekte beschleunigen. Jedoch wurde ein erster Entwurf für einen solchen Pakt bereits Ende 2022 erarbeitet. Danach ging es mehrere Monate nicht voran, weil das Kanzleramt nichts lieferte. Mehrere Bundesländer haben deswegen bereits im März ein Beschwerdeschreiben an Bundeskanzler Scholz gesandt.
- "Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum stärken". Hier nennt Scholz drei Vorhaben: Das Mini-Wachstumschancengesetz, die Nutzung des Klima- und Transformationsfonds zur Förderung von Investitionen insbesondere in der Halbleiterproduktion sowie ein Gesetz zur Startup-Gründung. Diese drei Vorhaben wurden aber bereits beschlossen oder bereits begonnen. Neuerung also Fehlanzeige.
- "Verwaltung modernisieren und digitalisieren". Auch hier erfahren wir nichts Neues. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) geht nach wie vor schleppend voran.
- Fachkräftegewinnung: Die Ampelkoalition fordert eine Entbürokratisierung der Verfahren – ohne konkret zu werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat die Ampelkoalition bereits beschlossen. Die Vorschläge der Union für eine Vereinfachung und Digitalisierung der Fachkräfteeinwanderung durch eine neue, digitale Bundesagentur für Einwanderung hat sie allerdings nicht aufgegriffen.
- Begrenzung der irregulären Migration: Der "Pakt" beinhaltet hierzu keine Aussage. Noch nicht einmal die bereits in der Ministerpräsidentenkonferenz von Mai 2023 vereinbarten Punkte werden wiederholt.



Weitere Themen der Sitzungswoche

Bereits im März haben die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen einen Brief an Bundeskanzler Scholz geschickt, in dem sie unter anderem Fortschritte bei der Planungsbeschleunigung einfordern. Seitdem ist fast ein halbes Jahr vergangen – und der Bundeskanzler verkauft Vorschläge, die teilweise schon lange diskutiert werden, als "Deutschland-Pakt".

In politischen Ausnahmezeiten, wie wir sie gerade erleben, muss die Bundesregierung nach außen die Freiheit Deutschlands sichern und im Inneren den Wohlstand unseres Landes erhalten. Diesem Anspruch wird der "Deutschland-Pakt" nicht gerecht. Die Union stellt den schwammigen Aussagen des Bundeskanzlers ein konkretes Maßnahmenbündel entgegen:

1. Ein Belastungsmoratorium, das einen sofortigen Stopp aller die Wirtschaftsaktivität drosselnder Gesetze beinhaltet.
2. Privathaushalte und Unternehmen benötigen günstigere Energie. Das geht nur durch eine Ausweitung des Angebots und die Reduzierung der Stromsteuer.
3. Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Dazu müssen die Sozialabgaben bei 40 Prozent gedeckelt werden.
4. Die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen darf 25 Prozent nicht überschreiten.
5. Der Solidaritätszuschlag gehört vollständig abgeschafft.
6. Beim Bauen und Wohnen brauchen wir eine Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.

Seit Beginn dieser Legislatur stehen wir als konstruktive Opposition jederzeit für Gespräche zur Verfügung. Das werden wir beibehalten. Bereits in der nächsten Sitzungswoche werden wir eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen. Darüber hinaus stellen wir Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik zur Abstimmung, die der Bundeskanzler bereits mit den Ministerpräsidenten vereinbart aber immer noch nicht umgesetzt hat. Wir werden dann sehen, wie ernst es die Ampel mit dem Angebot zur Zusammenarbeit meint.

Waldumbau braucht Verlässlichkeit und keinen Kahlschlag

Der Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist für 2024 eine gravierende Mittelkürzung für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) auf. Das Finanzvolumen wurde in den letzten zwei Jahren stetig um insgesamt 293 Millionen Euro auf 840 Millionen Euro heruntergekürzt.

Wichtigen Maßnahmen wird daher in Zukunft das Geld fehlen. In der Forstwirtschaft gefährden die Mittelkürzungen den Waldumbau zu klimastabilen Mischwäldern. In Deutschland müssen aufgrund von Trockenheit, Stürmen und Borkenkäferschädigungen fast 600.000 Hektar Wald wieder aufgeforstet werden. Betroffen ist davon auch der Landkreis Göppingen, der zu 35 Prozent bewaldet ist. Wenn die Ampel vor den Folgen des Klimawandels warnt, muss sie auch Sorge dafür tragen, dass unsere Wälder ihre Aufgabe als Klimaschützer erfüllen können. Den Wäldern fehlt es an Zeit und unserer Regierung an Lösungen – das ist die denkbar schlechteste Kombination!

Hauptursache für die Absenkung der Finanzmittel ist laut Bundeslandwirtschaftsminister das planmäßige Auslaufen der Fördermittel zur Bewältigung der Extremwetterereignisse und eine Flexibilisierung der GAK-Mittel. An dieser Stelle zu sparen ist jedoch der falsche Weg. Die GAK ist das wichtigste nationale Förderinstrument der Land- und Forstwirtschaft. Nach wie vor ist die Situation in vielen unserer heimischen Wäldern überaus kritisch. Weder das Förderprogramm "Klimaangepasstes Waldmanagement" noch mit dem geplanten "Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz" der Bundesregierung wird die benötigte Aufforstung zu stemmen sein, zumal dieses Programm noch nicht ausgearbeitet wurde. Durch die vorgenommenen Mittelkürzungen droht beim Waldschutz in Deutschland daher ein regelrechter Kahlschlag.



Bildquelle: Hermann Färber

Borchert Kommission legt Arbeit nieder

Nach langem Warten auf eine Einigung der Bundesregierung zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung stellt das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, die sogenannte Borchert-Kommission, seine Arbeit nun ein. Die Bundesregierung hat es versäumt, ein Finanzierungskonzept vorzulegen, was die Voraussetzung zur Weiterführung der Arbeit der Kommission war. Immer wieder hatten Agrarpolitiker der Ampel aus dem Bundestag mitgeteilt, sich auf ein Konzept geeinigt zu haben. Jedoch hatte die FDP diese Aussage später wieder abgestritten. Die Ausgestaltung der Tierwohlabgabe bleibt umstritten und die Umsetzung ungewiss.

Ich bedaure diese vertane Chance, die zahlreichen praktikablen Vorschläge der Borchert-Kommission umzusetzen, denn der Umbau der Tierhaltung wird in der breiten Fläche nur mit einem langfristigen, staatlichen Finanzierungskonzept gelingen. Wenn unsere heimische Produktion hier keine klaren Signale bekommt, werden künftig noch mehr Schweinefilets aus dem Ausland auf deutschen Tellern landen. Aber das nehmen einige Politiker und Gruppierungen offenbar in Kauf. Ich danke Jochen Borchert, dem Leiter der Kommission, für seine unermüdliche Arbeit für den Tierschutz und habe großen Respekt vor seiner Integrationskraft. Schade, dass die Unterstützung der Bundesregierung an dem Brückenschlag des Kompetenznetzwerks nicht mehr gegeben war.

Rückschau auf die Stammtisch-Tour "Auf ein Bier..." im Wahlkreis mit den CDU-Ortsverbänden

"Was brennt Ihnen auf der Seele?" Der Schwerpunkt meiner diesjährigen Sommertour durch den Wahlkreis lag auf dem reinen Zuhören und ins Gespräch kommen - quer Beet durch alle Themen. Bei den bisherigen Stammtischen wurde deutlich, dass die Bevölkerung mit vielen Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung unzufrieden ist oder diese nicht nachvollziehen kann. Viele fragen daher berechtigterweise, was die Politik konkret vorhat, um unser Land bei den drängenden Themen Wirtschaft, Inflation, Krieg, Migration oder im Sozialen für die künftigen Herausforderungen zu wappnen.

Nur noch knapp 20 Prozent der Bevölkerung sind mit der Bundesregierung noch zufrieden. Die Sorgen haben bei den Menschen tiefe Spuren hinterlassen. Krisen gab es auch früher schon, aber sie wurden besser gemanagt und es wurde besser kommuniziert. Für viele Fragen und Sorgen ist das Prinzip dennoch klar: Leistung muss sich wieder lohnen. Unser Sozialsystem darf keine Alternative zur Erwerbstätigkeit sein. Das Verlegen von Produktionsstätten ins Ausland senkt hierzulande zwar den Ressourcen- und Energieverbrauch, bringt dem Klima untern Strich aber nichts und schafft Abhängigkeiten. Wir müssen zudem alle Möglichkeiten nutzen, um günstige Energie produzieren zu können - das ist der Schlüssel, um eine Deindustrialisierung zu verhindern. Die hohen Preise für Strom und Gas hierzulande stellen einen Wettbewerbsnachteil für Unternehmen in Deutschland dar und schwächen unsere Wirtschaftskraft enorm.

Ein großes Dankeschön an die CDU-Ortsverbände im Oberen Filstal, in Wäschenbeuren, Schlierbach, Ebersbach, Östlicher Schurwald, Bad Boll und Donzdorf für die unkomplizierte Zusammenarbeit und Unterstützung bei der Organisation der Stammtische vor Ort. Ebenso ein Vergelt's Gott an die SeniorenUnion für "ihren" Stammtisch im Waldbesen in Faurndau.

Die nächsten beiden Stammtische finden statt:

- am 12. September 2023 um 19:00 Uhr im Bierbesen von Uli Kumpf in Geislingen gemeinsam mit Steffen Bilger MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Parken: Parkplatz, Zillerstallstraße, Geislingen - Fußweg ausgeschildert) und
- am 15. September 2023 um 19:00 Uhr mit der CDU Geislingen im Biergarten des TV Altstadt (TVA-Halle, Filsstraße 51, Geislingen).

Sie, Ihre Familien, Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Ich freue mich auf Sie!

Terminvorschau

- 11. September: Kreisvorstandssitzung der CDU Göppingen
- 12. September: Filialbesuch bei ALDI Süd in Göppingen
- 12. September: ab 19 Uhr "Auf ein Bier" mit Steffen Bilger MdB und mir im Bierbesen in Geislingen (Parkplatz Zillerstallstraße)
- 13. September: Bürgersprechstunde im Rathaus in Lauterstein (Besprechungszimmer im Erdgeschoss), Hauptstraße 75, 73111 Lauterstein
- 15. September: Ab 19 Uhr "Auf ein Bier" mit dem CDU-Stadtverband Geislingen im Biergarten Altstadt (TVA-Halle), Filsstraße 51 in Geislingen
- 16. September: THW-Regionalbereichsübung "FILSWAVE 2023" im Berufsschulzentrum an der Öde in Göppingen
- 16. September: ab 18 Uhr Festakt 150-jähriges Bestehen TSG Eislingen in der Stadthalle Eislingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de